

atomstopp

atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2015, 40. Jahrgang, Nr. 222



ODARMI NE NUKLEARNÍ



atomstopp
 **atomkraftfrei leben!**
www.atomstopp.at

**Nuclear Energy
Conference 2015**

STOP

ATOMFREIES



Traditionell

Die Vereinszeitung (berücksichtigt man die Vorgängerausgaben mit dem Titel „Bürger aktiv“) geht nunmehr ins 40. Jahr, die allererste Eintragung ins Vereinsregister unseres Vorgängervereins „OÖ überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr“ datiert aus dem Jahr 1991 und *atomstopp_atomkraftfrei leben!* wird heuer auch schon wieder 10 Jahre alt. Ein Grund zum Feiern (siehe Seite 8).

Die Zeit vergeht und wie hat es Gabi Schweiger, Obfrau von den Müttern gegen Atomgefahr Freistadt einmal treffend formuliert: Es reißt nicht ab.

Die Antiatom-Arbeit in Oberösterreich hat eine lange Tradition – aktuell genießen wir mit unserem Verein *atomstopp_atomkraftfrei leben!* eine Naturalsubvention des Landes OÖ, und das seit dem Jahr 1974. Ich war damals sechs Jahre alt und ging gerade in die erste Klasse einer Volksschule in Osttirol. Von Atomenergie habe ich ein paar Jahre später das erste Mal gehört, als – auch in Osttirol – heftig das Für und Wider und überhaupt um das AKW Zwentendorf diskutiert wurde. Ich hätte mir niemals träumen lassen, dass ich als Obmann eines Antiatom-Vereins meinen Betrag für eine Welt, für ein Europa ohne Atomkraft leisten darf.

Als ich 2002 bei der damaligen OÖ überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr als Vorstandsassistent meine Arbeit begann, hieß es: ein

Jahr. Für einen längeren Zeitraum kann keine finanzielle Garantie gegeben werden, weil jedes Jahr neu um Landessubventionen und Subventionen bei der Stadt Linz angesucht wird.

Aus einem Jahr sind zehn geworden, in denen ich den Verein nun schon als Obmann leiten darf.

Die Anzahl der Mitglieder und Spender_innen des Vereins ist in dieser Zeit kontinuierlich gestiegen, der Rückhalt in der Bevölkerung spürbar. Dass auch in Zeiten des allgemeinen Sparens die Landeshauptstadt Linz und ihre Politiker_innen – und allen voran die ressortzuständige Stadträtin Mag.^a Eva Schobesberger (Grüne) – sich für die Beibehaltung der Vereinssubventionen der ausspricht, „weil es wichtig ist, dass die Stadt gegen Atomenergie auftritt“ – ist eine Bestärkung in unserem gemeinsamen Bemühen um ein Europa ohne Atomkraft.

Die andauernde Reaktorkatastrophe von FUKUSHIMA hat auch in der Bundespolitik ein Umdenken spürbar gemacht. Das Bekenntnis der Bundesregierung gegen die Atomkraft ist klarer und kämpferischer geworden. Nur so ist es auch verständlich, dass die Bundesregierung die Klage vor dem Europäischen Gericht gegen Atomsbventionen in Großbritannien (siehe Seite 11) eingeleitet hat.

Die Atomkraft hat in Europa ein massives Problem, und zwar ein finanzielles. Ohne massive finanzielle Unterstützung wird es keinen Neubau von weiteren Atomreaktoren geben. Europa ist auf dem Weg aus der Atomkraft – auch wenn das manche Atomfantasten nicht glauben wollen. Bei einer hochkarätigen, international besetzten Konferenz im Mai 2015 wurde ein utopisch/realistischer Blick auf ein Europa ohne Atomkraft geworfen. Und die Botschaft ist klar: Atomkraft ist auf dem absteigenden Ast! Die Erneuerbaren Energien holen in ungeahnter Geschwindigkeit

auf und werden in absehbarer Zeit die Stromproduktion aus den Atomkraftwerken überflügeln. Wie hat es Landesrat Rudi Anschober in seinem Statement formuliert: „Das Ende für die Atomsbventionen wird den europaweiten Atomausstieg einleiten!“

Die wichtigsten Aussagen der Konferenzbeiträge finden Sie ab Seite 4.

Möglich gemacht hat diese Konferenz die Unterstützung durch das Land Oberösterreich, das im Rahmen der Anti Atom Offensive die Anti Atom Arbeit seit Jahren stützt. Parteienübergreifend gibt es den Konsens, dass die Anti Atom Arbeit wichtig ist. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es mittlerweile österreichweit anerkannt ist, dass wesentliche Impulse des Anti Atom Engagements von Oberösterreich ausgehen.

Ich freue mich, mit unserem Verein *atomstopp_atomkraftfrei leben!* Teil dieses breit getragenen Engagements zu sein.

In diesem Sinne beste Grüße!

Roland Egger
Obmann



Parlamentarische Enquete

Dass das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C Subventionen in Höhe von rund 35 Milliarden Euro bekommt, argumentiert die EU-Kommission unter anderem mit dem EURATOM-Vertrag zur Förderung der europäischen Atomindustrie. Für uns ein Grund, die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM neuerlich kritisch zu hinterfragen!

Österreich bekennt sich per Verfassung zu einem Verbot jedweder Nutzung der Atomkraft. Dennoch ist Österreich Mitglied bei EURATOM und fördert damit die Atomkraft in Europa. Die EU-Kommission meint, die Subventionen für Hinkley Point C unterstützen wegen EURATOM und dem Ziel des Ausbaues der Atomkraft auch ein gemeinsames Ziel der Europäischen Union!

Das widerspricht gewiss dem Willen einer überwältigenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung.

Wir wollen eine parlamentarische Enquete zur Frage der weiteren Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM. Vorbehaltlos muss über die Rolle Österreichs bei EURATOM diskutiert werden und auch über die für uns logische Konsequenz, nämlich dem Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag.

Parteienübergreifende Unterstützung in Oberösterreich

Wir freuen uns, dass wir erfolgreich Unterschriften für eine parlamenta-



Übergabe der Bürgerinitiative an Parlamentsdirektor Dossi

rische Bürgerinitiative zur Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zu EURATOM sammeln konnten und die Bürgerinitiative am 7. Juli im Parlament in Wien Parlamentsdirektor Harald Dossi (in Vertretung von Nationalratspräsidentin Doris Bures) übergeben konnten!

In Oberösterreich wurde diese Bürgerinitiative besonders prominent durch alle im Landtag vertretenen Parteien unterstützt.

Landtagspräsidentin Gerda Weichler-Hauer (SPÖ), Landtagspräsident Adalbert Cramer (FPÖ), Landesrat Rudi Anschober (Grüne) und Landtagsabgeordnete Eva Maria Gattringer (ÖVP) beteiligten sich aktiv am Sammeln der Unterschriften!

ONLINE Unterstützung

Die Bürgerinitiative kann auf der Seite des Parlaments weiter unterstützt werden, und zwar unter der Adresse:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00082/index.shtml





Franz Alt bei seiner Keynote-Rede bei der Nuclear Energy Conference 2015

Realistisch gesehen wird es noch einige Jahrzehnte dauern, bis eine Stabilisierung des Klimawandels eintreten wird. An die sogenannte 2-Grad-Grenze glaubt er, wie die meisten seriösen Wissenschaftler nicht mehr, es wird eine drastische Veränderung zu verzeichnen sein, noch in diesem Jahrhundert, das sei nicht mehr aufzuhalten.

Aber das alles ist, wenn man Franz Alt zuhört, mit Sicherheit auch kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil: Gerade in China, einem der größten Verschmutzer habe ein klares Umdenken stattgefunden und der Umbau sei längst im Gange.

In einer eindrucksvollen Studie zeigt er auf, dass selbst die EU-Kommission bereits in den 90er-Jahren die Richtung weg von fossiler hin zu erneuerbarer Energieversorgung als ganz realistisch und schon mittelfristig möglich gezeichnet hat. Hier mangelt es also nicht einmal an der Phantasie, sondern, wie die Erfahrung zeigt, an der Umsetzung. Und da kommt wieder jede und jeder Einzelne ins Spiel!

Wichtig ist: Nicht die alten großen Konzerne werden das Bild der Zukunft prägen, sondern kleine Energiegenossenschaften. Stadtwerke, Haushalte und Landwirte beweisen schon jetzt, dass die Energiewende nur von unten stattfinden kann. Die Bürger_innen, mittelständische Betriebe, Handel und Handwerk seien die Träger und treibende Kraft. So konnten in Deutschland immerhin aus 4% Ökostrom im Jahre 2000 bis heute, 2015, 30% gemacht werden!

2014 fand in Prag die erste Nuclear Energy Conference zu den Grenzen der Wirtschaftlichkeit der Atomenergie statt (www.nec2014.eu). Ausgehend von den Ergebnissen dort sollte heuer bei der Folgekonferenz am 19. Mai in Linz ein Blick auf die Energiezukunft Europas geworfen werden.

140 Teilnehmer_innen aus 12 Nationen haben die Gelegenheit nutzen können, aus erster Hand von Expert_innen Informationen zum europaweiten Atomausstieg erhalten zu können.

Ein ganz wesentlicher Punkt konnte mit der Konferenz ebenfalls erreicht werden: Vernetzung, gegenseitiges Kennenlernen und Inspiration, Anbahnen von neuen Projekten, Austausch von Ideen.

Es gibt zur Nuclear Energy Conference 2015 auch eine eigene Internet-Seite, nämlich: www.nec2015.eu – dort finden sich alle Präsentationen und auch die Video-Aufnahmen der Vortragenden, die ausnahmslos sehenswert, kurzweilig und gleichzeitig informativ sind.

Franz Alt

Es war eine große Freude, Franz Alt als Auftakt-Redner bei der Konferenz zu haben. Jede und jeder, der Franz Alt kennt, weiß, dass er ein begnadeter Redner ist und ein glühender Verfechter einer Welt ohne Atomenergie! Wenn er über die Energiewende redet, dann braucht er sozusagen nur aus seinem reichhaltigen Leben zu erzählen. Franz Alt berät Regierungen und hält Vorträge rund um dem Globus. So wundert es nicht, dass gerade bei seiner Rede ganz klar wird, dass die Energiefrage eine globale Frage ist bei der jede und jeder Einzelne Verantwortung trägt. Es ist eine Frage der Ethik, wie mit Energie, mit Ressourcen umgegangen wird.

Wir hätten in Wahrheit gar kein Energieproblem, keinen Mangel an Energie, meint Franz Alt. Woran es uns mangle, das sei eher die Phantasie. Allein die Sonne schicke uns 15.000mal mehr Energie, als alle Menschen verbrauchen würden. Und sie ist ja bei weitem nicht die einzige Energiequelle, die uns weltweit zur Verfügung steht!





Patricia Lorenz (GLOBAL 2000)

2030 – Europa ohne Atomkraft

Patricia Lorenz, die prominente Antiatom-Kämpferin von GLOBAL 2000 und Friends of the Earth Europe, ist seit rund zwanzig Jahren im antiatomaren Lobbying-Geschäft. Lorenz hat uns zu Beginn der Konferenz einen informativen Einblick gegeben in eine Studie der Technischen Universität Wien und der Stiftung Umweltenergierecht mit dem Titel 2030 – Europa ohne Atomkraft. Und diese Studie kommt zu dem Schluss, dass ein Ausstieg aus der Atomkraft bereits bis 2030 gänzlich möglich ist und die Lücke vollkommen geschlossen werden kann. Aber wie kommt man nun da hin? Nun, wenig überraschend stehen zwei Möglichkeiten im Raum – nämlich der raschere Ausbau erneuerbarer Energieträger und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Besonders der Energieeffizienz misst die Studie Bedeutung zu – und zwar auf nationaler wie auch auf EU-Ebene, denn nur mit länderübergreifenden Marktregelungen kann ein Energiesystem intelligent funktionieren!

Verbindliche Ziele seien ebenfalls unerlässlich, um Investitionssicherheit zu gewährleisten. Dazu kommt noch die Anwendung von Best-Practice Förderungen, das heißt die jeweils effizientesten Unterstützungsmodelle sollen für die spezifischen Technologien ermittelt werden und dann überall zur Anwendung kommen – zugunsten einer optimalen Marktintegration. Klingt alles sehr logisch und – ja: durchführbar! Wo stecken also die Probleme, die eine rasch greifenden Umsetzung verzögern oder gar ver-

hindern? Der Neubau von AKW sei eher nicht das Problem, führt Lorenz an, das würde sich bekanntermaßen an den Kosten spießen. Das große Hindernis seien allerdings die Laufzeitverlängerungen und die Leistungserhöhungen alter Atomanlagen. Das greife um sich und berge große Gefahren auf Grund erhöhter Sicherheitsrisiken.

Link zur Studie: <https://www.global2000.at/publikationen/studie-europa-2030-ohne-atomkraftwerke>



Landesrat Rudi Anschober

Abhängige Atomkraft

Oberösterreichs Landesrat für Umwelt und Energie - Rudi Anschober - führte in seinem Referat eindrücklich aus, dass die Atomkraft ohne weitere Subventionen am Ende sei. Konkret sehe man das auch am Beispiel Hinkley Point C, das ohne massive staatliche Unterstützung keine Chance auf Realisierung habe. Und gerade deswegen sei es wichtig, dass sich Österreich ganz klar gegen jedwede Subvention für die Atomkraft einsetze und auch dagegen klage. Unabsehbar seien etwa die Folgen für den Atomausbau in Tschechien, wenn den Subventionen nicht endlich der Riegel vorgeschoben wird.

Deutschlands Atomausstieg

Claudia Kunz von der Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin hat uns mit ihren Ausführungen einen umfassenden Einblick und Ausblick auf die deutschen Entwicklungen gewährt. Die politischen Zielsetzungen sind klar definiert: 40% Treibhausgas-Minderung bis 2020, 80% bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Und: Der Ausstieg aus der Atomkraft soll bis 2022 abgeschlossen sein.

Wenn auch die Erfolge in der Treibhausgas-Minderung derzeit stagnieren und noch viel Einsatz brauchen werden – die Wende im Stromsektor ist eine Erfolgsgeschichte! Die einzelnen Maßnahmen greifen sehr komplex ineinander, Stromsparen, Energieeffizienz, Ausbau der Erneuerbaren sind die wichtigsten Komponenten in diesem Zusammenspiel. Wind und Sonnenkraft - diese beiden Energieträger werden im Kraftwerkspark der Zukunft den Löwenanteil ausmachen. Bereits jetzt können Spitzenzeiten mit ca. 70% Anteil an Erneuerbaren im Stromnetz vermeldet werden!

Ebenfalls zur Energiewende gehöre, erklärt Kunz, eine Erhöhung der installierten Leistung von derzeit 190 Gigawattstunden (GW) auf über 300 GW, sowie die Optimierung des Stromnetzes, um etwa die großen Mengen an Windkraft aus dem Norden in den Süden zu bekommen, denn im Süden Deutschlands stehen immerhin die meisten AKW, die es zu kompensieren gilt.

Die Bilanz in Deutschland kann sich also sehen lassen und sie zeigt deutlich auf, dass man mit entsprechendem Druck aus der Zivilgesellschaft und von Interessensvertretungen abseits der Konzernlobbys sehr wohl ordentlich politischen Willen erzeugen kann!



Claudia Kunz (Agentur für Erneuerbare Energien)



Edvard Sequens (CALLA)

Tschechische Atompläne

Tschechischen Organisationen wie dem in Budweis ansässigen Verein CALLA und dessen Obmann Edvard Sequens, ist es zu verdanken, dass beharrlich aufgezeigt wird, dass es auch in Tschechien sehr wohl ohne Atomkraft geht.

Dass Tschechien nicht von seinen Atomplänen abrückt, hängt mit der tschechischen Energiepolitik zusammen. Im Vergleich mit den anderen 27 EU-Staaten verbraucht Tschechien vergleichsweise viel Energie für das Bruttoinlandsprodukt. Nur Bulgarien, Estland und Rumänien brauchen mehr Energie, dann kommt schon die tschechische Republik.

Der hohe Energieeinsatz in Tschechien ist zudem gekoppelt mit einem geringen Anteil an erneuerbarer Energie. 11,2% der Gesamtenergieproduktion in Tschechien stammt aus erneuerbaren Energien. In Österreich liegt der Anteil bei knapp über 30%.

2004 wurde eine Energiepolitik Tschechiens verabschiedet. 2008 sollte eine neue Version folgen, aber aufgrund der kurzen Zeiten, die die jeweils dafür verantwortlichen Industrieminister im Amt waren, war es erst 2015 soweit. Und diese Energiepolitik hat für einiges Kopfschütteln gesorgt, plant doch die tschechische Republik nun nicht mehr zwei Atomreaktoren, sondern gar vier.

Polnische Alternativen

Polen kokettiert seit einiger Zeit mit

der Atomkraft. Dariusz Szwed - Grünen-Politiker, sozialer Aktivist und Wirtschaftswissenschaftler aus Polen - hat gezeigt, dass es andere Möglichkeiten gibt, wenn es um Energieproduktion geht.

Für Szwed liegt die Energiezukunft in der Demokratisierung und damit in der Frage: Wie schafft man es, dass die Leute selber wieder die Macht über die Energie bekommen? Vier große Unternehmen kontrollieren fast 100 % des polnischen Strommarkts.

Polen hat ein riesiges Potenzial Energie einzusparen und könnte sich somit 3 bis 4 Milliarden Euro an Stromproduktionskosten sparen. In Polen sind immerhin schon 45.000 Menschen im „grünen Sektor“ beschäftigt.

3.000 MW an installierter Leistung im erneuerbaren Bereich gibt es in Polen heute. Das Problem ist aber, dass diese erneuerbaren Anlagen alle im Besitz von großen Firmen stehen und nicht im Besitz von Kommunen oder Kooperativen oder dem „normalen“ Bürger, der „normalen“ Bürgerin.



Dariusz Szwed (Grünen - Politiker)

Britain: Not amused!

Mit Großbritannien liegt Österreich in einem Konflikt. Großbritannien will die Atomkraft ausbauen, braucht dazu aber Subventionen von der eigenen Bevölkerung, die von der Europäischen Kommission genehmigt werden müssen. Das OK aus Brüssel haben die Briten, dafür aber nun auch eine Klage Österreichs vor dem Europäischen Gericht am

Hals. Not amused? Antony Froggatt, Mitautor des jährlich erscheinenden World Nuclear Industry Status Report, der in unbestechlicher Regelmäßigkeit aufzeigt, dass die Atomkraft an Bedeutung verliert, hat aus Großbritannien berichtet.

Die erneuerbaren Energien haben in Großbritannien mittlerweile den Beweis angetreten: Sie sind marktfähig und sie können die benötigten



Antony Froggatt (Energieberater)

Mengen an Energie bereitstellen. Die Reaktion der Regierung darauf? Man streicht die Subventionen für Windkraft und setzt alles auf die Karte „Atomkraft“ (siehe auch Seite 11).

2014 gab es einen historischen Moment: Die Produktion aus Erneuerbaren Quellen wuchs um 20% und stellte 19,2% der gesamten Stromproduktion (64,4 Terawattstunden). Das bedeutete, dass erstmals die Erneuerbaren Quellen mehr Strom produzierten als die Atomkraftwerke, deren Stromproduktion um 9,7% auf 63,8 Terawattstunden sank.

Die Preise für die Erneuerbaren Energien fallen zusehends und werden den fossilen Energieträgern und der Atomkraft eine ernsthafte Konkurrenz.

DANKE!

An dieser Stelle ein herzliches Danke an den Anti Atom Beauftragten des Landes Oberösterreich, Dalibor Strasky, für die unkomplizierte Koordination und die prompten Übersetzungshilfen!



Frankreich - Atomnation Nr. 1

Fast 80% des elektrischen Stroms wird in den 58 Atomreaktoren des Landes produziert. Kann Frankreich aus der Atomkraft aussteigen? Eine spannende Frage an Yves Maignac, dem Direktor von WISE PARIS. WISE steht für World Information Service on Energy. Er zeigt gleich zu Beginn seines Referats auf, dass der französische Staat selbst sehr stark in der Atompolitik verhaftet ist: EDF ist der einzige Stromkonzern, der Atomkraftwerke in Frankreich betreibt: 85% von EDF gehören dem französischen Staat. Der einzigen Konzern in Frankreich,



Yves Maignac (WISE Paris)

der für die Wartung der Atomkraftwerke zuständig ist und der die Brennstäbe produziert, ist AREVA. Und auch AREVA ist zu über 83% im Staatsbesitz.

Wie könnte für Frankreich der Ausweg ausschauen? Yves Maignac präsentiert ein Energiekonzept, das sich Negawatt nennt und an dem er selber mitgewirkt hat.

Das Konzept baut auf drei Säulen: Energiesuffizienz, Effizienz sowohl auf der Produktions- als auch auf Verbraucherseite und ein cleverer Einsatz von Energiequellen, weg von grundlastproduzierenden Quellen hin zu Quellen, die dann zur Verfügung stehen, wenn man sie braucht. Die Umsetzung des Konzepts würde zu einer Reduktion des Energieverbrauchs um zwei Drittel führen. 93% des Energieverbrauchs könnte durch lokale Energiequellen, also solche, die in der Nähe zu den Verbrauchern situiert sind, produziert werden. Das Konzept sieht auch vor, dass damit alle Atomreaktoren in Frankreich in den nächsten 22 Jahren abgeschaltet werden können. Kein AKW, das älter als 40 Jahre ist, wird dabei in seiner Laufzeit verlängert.

Schweizer Vorbild

Sabine von Stockar von der Schweizerischen Energiestiftung (SES) hat uns höchst erfrischend vor Augen geführt, wie ihre Heimat atommäßig so tickt. Gern wird ja die Schweiz als einer der hochentwickelten Staaten vorgeführt, wenn es um technisches Knowhow geht, wenn es um Fortschrittlichkeit, wenn es um State of the Art geht.

Nun, Sabine von Stockar räumt ein: germaßen auf mit Allgemeinplätzen dieser Art und entwirft ein ganz anderes, zögerliches, unsicheres und durchaus unberechenbares Bild einer Gesellschaft UND einer Politik

die mehrheitlich zwar für die Atomenergie eingestellt ist, die aber keineswegs gern voraus geht. „Nicht-EU-Staat“ und das oft zitierte „Vorbild an direkter Demokratie“ hin oder her: beim Atomausstieg stehen Bevölkerung wie Regierung lieber bequem auf der Bremse und warten gemächlich ab, was die anderen rundum so machen. Mehr noch: Nur weil Deutschland den Ausstieg konkret terminisiert hat, ist das noch lange kein Grund, auch in der Schweiz nach zu ziehen.

Die Methode ist gefinkelt: nach Fukushima konnte zwar der Beschluss erreicht werden, keine neuen AKW mehr zu bauen. Praktischerweise dürfen aber bestehende AKW weiterbetrieben werden, wortwörtlich: solange sie sicher sind...



Sabine von Stockar (SES)

Das lässt man sich auch einiges kosten, so zum Beispiel beim 46 Jahre alten Atomkraftwerk Beznau1: Da wurde kürzlich ein neuer Reaktorbehälterdeckel fällig. Man mag sich jetzt wundern, warum an einer derart alten Anlage noch herumerneuert wird. Die Antwort verblüfft, denn die Argumentation, bestehende Anlagen weiterlaufen zu lassen, solange sie sicher sind, ist so einladend, dass konkret von einer Laufzeit von weit über 60 Jahren ausgegangen wird! So viel zur Absehbarkeit des Atomausstiegs in der Schweiz – trotz Neubauverbot: das jüngste der fünf AKW ist 31 Jahre alt, was nach diesem Plan bedeutet, dass erst in etwa drei, vier Jahrzehnten mit einem Auslaufen

des schweizerischen Atomprogramms zu rechnen ist. Und noch ein Detail am Rande: als der 700 Mio sfr teure Deckel geliefert wurde, musste festgestellt werden, dass er schlicht und ergreifend nicht passt. Soviel zum erwähnten hochentwickelten Stand der Technik.

Zögerlich ist die Schweiz auch beim Ausbau Erneuerbarer Energien! Die Schweizerische Energienstiftung erstellt jedes Jahr einen Bericht, wie denn die Entwicklungen dahingehend in den einzelnen Ländern ausschauen, und siehe da, die Schweiz ist immer Schlusslicht. Vorausgeschickt sei, die Schweiz hat schon einen relativ hohen Anteil an Erneuerbaren, konkret 55% Wasserkraft. Deshalb, erklärt Sabine von Stockar, wäre der Atomausstieg eigentlich ein Kinderspiel.



10 Jahre atomstopp

Es gibt heuer etwas zu feiern: Vor genau 10 Jahren wurde mit der Umbenennung des Vereins von „OÖ überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr“ in atomstopp_atomkraftfrei leben! und der Wahl eines neuen Vereinsvorstands – wie es damals Friedrich Witzany im atomstopp Nr. 190 (siehe Bild: Mathilde Halla (Obfrau der Plattform) mit Roland Egger bei der Schlüsselübergabe) formulierte, ein Generationenwechsel in der oberösterreichischen Antiatom-Bewegung eingeläutet.

Die Zusammenarbeit mit anderen Antiatom-Gruppierungen in Oberösterreich wurde neu definiert und auch den geänderten Rahmenbedingungen angepasst.

Die Vorstandsbesetzung von atomstopp_atomkraftfrei leben! ist in fast allen Funktionen in ihrer ursprünglichen Form immer noch erhalten, wofür an dieser Stelle sehr gedankt wird.

Personelle Kontinuität ist wichtig, inhaltliche Berechenbarkeit ebenso. Und eine klare Linie in der Antiatom-Arbeit.

Schon unter der damaligen OÖ Plattform gegen Atomgefahr hat sich ein wichtiger Schwerpunkt der Antiatom-Arbeit herauskristallisiert: EUROPA. EURATOM. Viele Entscheidungen in der Atompolitik fallen letztlich auch in Brüssel, in der Europäischen Kommission, im Rat, im Europäischen Parlament. In Österreich ist man sich weitgehend und parteienübergreifend einig in der Ablehnung der Atomkraft. Aber was ist mit dem europaweiten Atomausstieg?

Die vergangenen 10 Jahre hatten so manchen Höhepunkt und auch so manche Verwerfung, schöne Zeiten, herausfordernde Zeiten, anstrengende Zeiten. Aber auch Zeiten, in denen sehr viel an Zuspruch aus der Bevölkerung zu spüren war und ist. Und natürlich immer

mit dem Gefühl verbunden, dass man auf der richtigen Seite steht, wenn man sich gegen Atomkraft einsetzt und im Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! engagiert. Wir wollen das 10-jährige Jubiläum von atomstopp_atomkraftfrei leben! besonders begehen, und zwar mit einem Tag der Offenen Tür, einer Fotoausstellung und einem Rückblick auf die vergangenen 10 bewegten Jahre. Geplant wird für das erste November-Wochenende 2015.

Den genauen Termin und das detaillierte Programm erfahren die Mitglieder und Spender_innen des Vereins mit dem nächsten Mitgliederbrief.

Ebenso wird der Termin auf der www.atomkraftfrei-leben.at/termine.php veröffentlicht.

Spenden absetzbar! Auf Ihre Spende kommt es an!

Der Verein atomstopp_atomkraftfrei leben! ist seit Dezember 2007 berechtigt, das Spendegütesiegel zu führen. Damit haben Sie als Spender_in des Vereins die geprüfte Garantie des sorgsamsten Umgangs mit Spendengeldern. Jährlich wird die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Vereins von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin kontrolliert und die Verwendung der Spenden kritisch hinterfragt. Damit können Sie sicher sein:

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Spenden an atomstopp sind steuerlich absetzbar!

Holen Sie sich Ihre Spenden vom Finanzamt zurück!

atomstopp_atomkraftfrei leben! ist eine spendenbegünstigte Umweltschutzorganisation mit der Registrierungsnummer NT 2301!



Spenden an atomstopp können deshalb bei der Arbeitnehmerveranlagung oder Einkommenssteuererklärung als Sonderausgabe geltend gemacht werden!

Jede Spende - egal, in welcher Höhe - ist wichtig und hilft uns, gegen Atomkraft aktiv zu bleiben!

Finanzen 2014

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes erstellt. Der Jahresabschluss liegt im Vereinsbüro zur Einsichtnahme auf.

Eine detaillierte Aufstellung der Finanzdaten (Mittelherkunft und Mittelverwendung) ist auf der Internet-Seite des Vereins veröffentlicht: www.atomkraftfrei-leben.at

Ein ganz herzliches Danke nochmals allen Spender_innen und Mitgliedern!

Seit einem Jahr gibt es atomstopp, das Informationsmagazin zum europaweiten Atomausstieg im Radio, und zwar im Freien Radio Freistadt auf 107,1 und 103,1 MHz, jeden vierten Dienstag im Monat um 17 Uhr und wiederholt am darauffolgenden Freitag um 10 Uhr und am darauffolgenden Sonntag um 14 Uhr.

Gestaltet und moderiert wird die Sendung von Gabriele Schweiger, Obfrau Mütter gegen Atomgefahr Freistadt und von Roland Egger, Obmann atomstopp_atomkraftfrei leben!

Wer nicht im Senderbereich des Freien Radio Freistadt wohnt, kann die Sendungen auch live im Internet streamen, und zwar einfach über die Internet-Adresse www.frf.at.

Vergangene Sendungen können zudem auf <https://cba.fro.at/series/atomstopp> nachgehört werden.

Die Sendungen 2015 befassten sich in einer Doppelfolge mit einem Überblick zur Atomsituation in Europa: Welche Staaten bauen die Atomkraft aus? Wer steigt aus?

Außerdem findet sich in einer Doppelfolge ein Rückblick auf die Nuclear Energy Conference 2015 mit einer Zusammenfassung der Redner_innen-Beiträge. Hören Sie sich das an!

Ein herzliches Danke an der Stelle den Sendeverantwortlichen vom Freien Radio Freistadt, dass sie uns die Gelegenheit geben, auch auf diesem Weg über den europaweiten Atomausstieg und seine Gegnerschaft zu informieren.

Danke für die Unterstützung und die angenehme Kooperation!



Freies
Radio
Freistadt



Demonstration in Brüssel gegen Atomsubvention für Hinkley Point C

2006 meinte der damalige britische Premierminister, dass die Atomkraft in Großbritannien „zurück“ sei. In Großbritannien mit seinen 16 Atomreaktoren tat sich aber bis 2014 nichts. Kein Ausbau der Atomkraft war zu verzeichnen. 2010 meinte die britische Regierung zwar, dass man bis 2018 einen neuen Atomreaktor in Betrieb setzen werde, betonte aber auch, dass man nicht gewillt sei, irgendwelche Art von Subvention für den Neubau der Atomreaktoren in Großbritannien zu gewähren.

2014 hatte sich die britische Regierung dann aber offenbar doch zu Subventionen durchgerungen, und zwar zu beispiellos hohen Subventionen, wohl auch deswegen, weil andernfalls es zu keinem Neubau von Atomreaktoren in Großbritannien kommt. Gleichzeitig hielt die Regierung auch fest, dass sie keine Subventionen mehr für Windkraft genehmigen werde.

In der Europäischen Union zählt der freie Markt sehr viel und jede Subvention, die ein Mitgliedstaat gewährt, muss mit dem freien Wettbewerb vereinbar sein, darf zu keinen Wettbewerbsverzerrungen in der Europäischen Union führen. Der EU-Kommission muss das

Vorhaben angezeigt werden. Die EU-Kommission prüft und gibt eine Stellungnahme ab.

Mit 35 Milliarden (!) Euro sollen in den kommenden Jahren die britischen Steuerzahler für den Strom aus Hinkley Point C zahlen, und zwar in die Tasche des französischen Atomstromkonzerns EDF, der seinerseits mit finanziellen Schwierigkeiten und fehlenden Aufträgen kämpft.

EU-Kommission im Dezember 2013 gegen die Atomsubventionen

Noch im Dezember 2013 schien bei der EU-Kommission die Skepsis bezüglich der Atomsubventionen in Großbritannien sehr groß zu sein und damit die Zweifel, ob diese mit den Wettbewerbsregeln in Europa zu vereinbaren seien.

EU-Kommission im Oktober 2014 für die Atomsubventionen

Im Oktober 2014 dann – ein paar Tage vor dem offiziellen Ende der Amtszeit der EU-Kommission – die Kehrtwendung: Großbritannien darf die Atomsubventionen gewähren. Keine Wettbewerbsverzerrung sei gegeben und außerdem gäbe es

auch den EURATOM-Vertrag, der als gemeinsames Ziel der Europäischen Union auch den Ausbau der Atomkraft vorsehe.

Demonstration in Brüssel im März 2015

Gemeinsam mit Aktivist_innen der STOP HINKLEY-Bewegung und Politikerinnen aus Deutschland und Großbritannien wurde gegen die Entscheidung der EU-Kommission in Brüssel demonstriert.

Klage Österreichs vor dem Europäischen Gericht

Österreich hat jedenfalls seine Ankündigung wahr gemacht und Nichtigkeitsklage gegen die Entscheidung der EU-Kommission beim Europäischen Gericht eingebracht. Außer Luxemburg hat sich kein weiteres EU-Mitgliedsland der Klage angeschlossen. Mit einer Entscheidung ist bis 2017 zu rechnen. Ausgehen kann man aber davon, dass aufgrund der Klage Österreichs sich der weitere Fahrplan jedenfalls verzögern wird und aufgrund der Rechtsunsicherheit Großbritannien vorerst Abstand nehmen wird, Hinkley Point C auszubauen. Spannend bleibt, ob das Gericht zur Ansicht kommt, dass aufgrund des EURATOM-Vertrags, der eine Förderung der Atomkraft in der Europäischen Union dezidiert vorsieht, die Subventionen gerechtfertigt sind und welche Konsequenzen das für die österreichische Bundesregierung hat, die bekanntermaßen eine Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM bis dato verteidigt.

Hinkley Point C - Präzedenzfall für Temelin?



Demonstration gegen das Atomkraftwerk Temelin am Grenzübergang Wullowitz (2007)

Das Bieterverfahren zum Neubau von zwei weiteren Atomreaktoren wurde 2014 bekanntermaßen abgesagt. Bis zuletzt hat der Temelin-Betreiber, der tschechische Atomstromkonzern CEZ, mit der tschechischen Regierung gerungen, ähnlich wie in Großbritannien ein Fördermodell zur Finanzierung der neuen Atomreaktoren auf die Beine zu stellen. Die tschechische Regierung hat aber damals ganz unmissverständlich klargestellt, dass eine

staatliche Unterstützung in diesem Ausmaß nicht in Frage kommt.

Auf das offizielle Nein der tschechischen Regierung zum Fördermodell britischer Art, kam anderntags und ebenso unmissverständlich das Nein des tschechischen Atomstromkonzerns CEZ zum Ausbau und damit war das Ausschreibungsverfahren Geschichte. Vorerst jedenfalls. Die tschechische Regierung stellte 2014 fest, dass sich Atomkraft

marktwirtschaftlich rechnen muss und CEZ den Neubau von weiteren Atomreaktoren aus eigener wirtschaftlicher Kraft bewältigen muss. Die Absage des Ausschreibungsverfahrens war gleichsam das Eingeständnis von CEZ, dass es ohne Förderung eben nicht geht. Und die ganzen Äußerungen der Atomindustrie, über die „billige“ Atomkraft sind mit einem Schlag in sich zusammengebrochen.

Meine Spende ist steuerlich absetzbar!
Registrierungsnummer: NT2301



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Auflage: 16.500 Stück

F.d.l.v.: Roland Egger. Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger,

Gabriele Schweiger, Claudia Kothgassner, Michael Reitingner

Fotos: Olga Kalisova, Harald Steinbichl, Gerfried Schweiger

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz. Telefon: 0732 77 42 75

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at. Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank

IBAN AT73 5400 0000 0020 5377, BIC OBLAAT2L

Gedruckt mit Ökostrom bei Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

atomstopp wird unterstützt durch das Land Oberösterreich

und die Landeshauptstadt Linz